LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
12. Wahlperiode

Drucksache 12/7192
12. 09. 1995

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Axel Redmer (SPD)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Öffentliche Ankündigung von Geschwindigkeitskontrollen

Die Kleine Anfrage 3807 vom 22. August 1995 hat folgenden Wortlaut:

Für einen Zeitraum von zunächst sechs Monaten hatte die Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Südwestfunk und Radio RPR im Rahmen generalpräventiver Verkehrsmaßnahmen während der vergangenen Monate Geschwindigkeitskontrollen öffentlich angekündigt. Ein ähnlicher Modellversuch war im vergangenen Jahr in Bayern durchgeführt worden. In beiden Fällen sollte erreicht werden, daß sich die Zahl der Geschwindigkeitsübertretungen verringert.
Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung aufgrund der Rundfunkankündigung von Geschwindigkeitskontrollen in Rheinland-Pfalz bislang gewonnen?
2. Welche Erfahrungen liegen der Landesregierung über Ankündigungen von Geschwindigkeitskontrollen in der Tagespresse des Landes vor?
3. Hält die Landesregierung generell die öffentliche Ankündigung von Geschwindigkeitskontrollen für geboten?
4. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über vergleichbare Ankündigungsmaßnahmen in anderen Bundesländern vor?

Das Ministerium des Innern und für Sport hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. September 1995 wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 3:

Seit Beginn des Jahres 1995 werden in Rheinland-Pfalz die polizeilichen Geschwindigkeitskontrollen versuchsweise in Tageszeitungen und durch Rundfunkdurchsagen bei den Sendern Südwestfunk und Radio RPR angekündigt. Hierbei werden als Kontrollorte in Großstädten die Namen der Stadtteile, bei anderen Städten und Gemeinden nur die Ortsnamen bekanntgegeben.
Um die Wirkung der Ankündigung von Geschwindigkeitskontrollen auf das Verkehrsverhalten beurteilen zu können, ist ein längerer Erfahrungszeitraum notwendig. Die bislang gewonnenen Erkenntnisse lassen noch keine abschließende Bewertung zu. Deshalb soll der Modellversuch bis Ende 1995 weitergeführt werden.

Zu Frage 4:

In den Ländern, die ebenfalls Radarkontrollen in den Medien ankündigen (z. B. Bayern), liegen noch keine abschließenden Bewertungen vor.

Walter Zuber
Staatsminister

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 2. Oktober 1995